Mitteilungsvorlage, DS-Nr. 2024/0319

nicht öffentlich

Beratungsfolge	Sitzung am:	Ja	Nein	Enth.
Ausschuss für Mobilität und Bauwesen	18.04.2024			

Betreff: Sperreinrichtungen auf Flächen des Radverkehrs - Erlass des MUNV NRW

Mitteilungstext:

Das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNV NRW) hat bezüglich der Verwendung von Sperreinrichtungen auf Flächen des Radverkehrs einen Erlass herausgegeben, der die Kommunen dazu verpflichtet, bereits bestehende Sperreinrichtungen zu überprüfen, bzw. bei Neuplanungen die entsprechenden Vorgaben zu beachten.

Die Presseveröffentlichung auf der Webseite des MUNV NRW ist nachfolgend abgedruckt.

Hierbei sind strenge Anforderungen bei der Prüfung bestehender Absperrungen bzw. bei evtl. Neueinrichtungen zu beachten und vorrangig alternative Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Die Verwaltung hat bereits in den letzten Jahren sukzessive Umlaufgitter und Absperrpfosten zur Förderung des Radverkehrs abgebaut. Vor dem Hintergrund des Erlasses werden alle Sperreinrichtungen im Stadtgebiet aufgenommen und einer Prüfung unterzogen. Diese wird gemeinsam mit der Kreispolizeibehörde und dem ADFC bei Ortsterminen bzw. im Zuge der Radverkehrsschauen unter Beteiligung des Straßenbaulastträgers durchgeführt. Hierdurch soll sowohl dem Komfort als auch dem Sicherheitsinteresse des Rad- und Fußverkehrs Rechnung getragen werden.

Durch die Vielzahl derartiger Einrichtungen wird die Prüfung und evtl. Entfernung bzw. die Umsetzung alternativer Maßnahmen einige Zeit in Anspruch nehmen.

Presstext:

Das Umwelt- und Verkehrsministerium will den Radverkehr und die Radwege für Menschen in Nordrhein-Westfalen sicherer machen. Durch einen Erlass sollen Sperreinrichtungen auf Radwegen wie Poller, Sperrpfosten oder versetzt eingebaute Wegesperren aus Sicherheitsgründen von den Kommunen überprüft und bei Bedarf auch entfernt werden. „Immer mehr Menschen greifen zum Rad und tragen dazu bei, dass der Radverkehr eine der tragenden Säulen der Mobilitätswende wird. Wenn wir die Menschen für diese klimafreundliche und gesunde Art der Fortbewegung gewinnen wollen, müssen wir die Radwege sicherer und barrierefreier machen. Poller und Sperrgitter stellen oftmals eine Gefahrenquelle dar und sollten nur noch in

Ausnahmefällen eingesetzt werden“, erklärt Umwelt- und Verkehrsminister Oliver Krischer.

Die Sperrmaßnahmen wie Sperrpfosten, Poller, Umlaufsperrungen, Ab-sperr-Geländer oder ähnliche Einrichtungen auf Radwegen bergen oftmals eine erhebliche Kollisionsgefahr – gerade auch in der Dunkelheit. So können insbesondere niedrige Sperr-pfosten leicht übersehen werden, wenn Radfahrende in einer Gruppe unterwegs sind. Hierdurch sind bereits Unfälle mit schweren Verletzungen bis hin zur Todesfolge entstanden. Gleichzeitig behindern viele dieser Einrichtungen Menschen mit

Lastenrädern, Anhängern oder Dreirädern für Erwachsene oder machen Wege für sie unpassierbar. Auch für Kinder und Menschen mit Behinderung stellen solche Wegsperrungen oftmals eine Gefahrenquelle dar.

Sollten Sperrmaßnahmen an einzelnen Stellen zwingend notwendig sein, sind zuerst Alternativmaßnahmen wie Verkehrszeichen, Markierungen oder sonstige bauliche Maßnahmen zu prüfen. Fest eingebaute Einrichtungen auf Radverkehrsanlagen sollen nur noch im Ausnahmefall und dort vorzufinden sein, wo sie unverzichtbar sind.

Quelle: Webseite des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag

Thomas Schirmmacher
Co-Dezernent II